

Zugewinnausgleich bei Ehescheidung

Büte / Volker

6., völlig neu bearbeitete Auflage 2022
ISBN 978-3-406-78252-7
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Büte/Volker
Zugewinnausgleich bei Ehescheidung


DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Zugewinnausgleich bei Ehescheidung

Bewertung – Berechnung – Sicherung – Verjährung

von

Dieter Büte

Vorsitzender Richter am OLG Celle i.R.
und Rechtsanwalt

und

Mathias Volker

Vorsitzender Richter am OLG Celle

6., völlig neu bearbeitete Auflage 2022



beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 78252 7

© 2022 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Westermann Druck Zwickau GmbH
Crimmitschauer Straße 43, 08058 Zwickau

Satz und Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen



Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 6. Auflage

Fünf Jahre nach Erscheinen der letzten Auflage kommt nunmehr die Neuauflage auf den Markt. Gesetzliche Änderungen sind nicht zu vermelden, wohl aber sind vielfältige Entscheidungen ergangen, die die seit der Reform zum 1.9.2009 aufgetretenen Streitfragen weitgehend gelöst haben. Insbesondere die Problematik des bisher nicht kodifizierten sog. Nebengüterrechts bedarf dringend einer Reform. Diesem Problem und nach wie vor auch schon vor der Reform streitigen Fragen (z. B. ehe-neutrale Wertveränderung, privilegierter Erwerb, unverschuldeter Vermögensverlust) hat sich die Reformkommission des Deutschen Familiengerichtstages angenommen (FamRZ 2021, 255 ff.). Die weitere Diskussion und Entwicklung wird deshalb aufmerksam beobachtet werden müssen.

Die nunmehr scheinende Neuauflage wurde vollständig überarbeitet und aktualisiert. Das alphabetische Verzeichnis wurde um neue Stichworte ergänzt, der Internationalisierung des Familienrechts wurde durch eine umfassende Darstellung der Europäischen Güterrechtsverordnung (EuGüVO) Rechnung getragen. Zahlreichen Anregungen entsprechend wurde die Problematik der Bewertung von Unternehmen, freiberuflichen Praxen und kleinen und mittelständischen Betrieben (KUM) eingehend dargestellt. Die Möglichkeiten des nach wie vor häufig eher wenig beachteten vorzeitigen Zugewinns werden vertiefend dargestellt ebenso die Ehevertragsproblematik.

Als neuer Autor und Mitherausgeber hat VRiOLG Celle Mathias Volker die Bearbeitung der Kapitel 25–35 übernommen, mit dem ich viele Jahre im 17. Senat des OLG Celle als mein Stellvertreter vertrauensvoll und hervorragend zusammengearbeitet habe.

Mein Dank gilt nach wie vor all denen, die Anregungen – vornehmlich in den von mir nach wie vor zahlreich durchgeführten Seminaren zur Fachanwaltsfortbildung – gegeben haben. Besonderen Dank sage ich erneut dem Verlag C. H. Beck und dabei insbesondere dem Lektor Herrn Tischler, der auch diese Auflage souverän begleitet hat.

Das Manuskript wurde im Dezember 2021 abgeschlossen und berücksichtigt den bis zu diesem Zeitpunkt gegebenen Stand von Rechtsprechung und Literatur.

Bad Bodenteich, im Januar 2022

Dieter Büte



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

	Seite
Inhaltsverzeichnis	IX
Verzeichnis der verwendeten und weiterführenden Literatur	XXVII
Kapitel 1. Grundsätzliches zum Zugewinnausgleich	1
Kapitel 2. Definition des Zugewinnausgleichs	26
Kapitel 3. Anfangsvermögen (§ 1374 BGB)	27
Kapitel 4. Endvermögen (§ 1375 BGB)	46
Kapitel 5. Grundsätzliches zur Bewertung von Vermögensgegenständen	57
Kapitel 6. Bewertung einzelner Vermögensgegenstände	66
Kapitel 7. Ausgleichsforderung (§ 1378 BGB)	137
Kapitel 8. Vereinbarungen und Verfügungen über die Ausgleichsforderungen	147
Kapitel 9. Steuerliche Behandlung der Ausgleichsforderung	158
Kapitel 10. Verjährung der Ausgleichsforderung	169
Kapitel 11. Auskunft (§ 1379 BGB)	174
Kapitel 12. Anrechnung von Vorempfängen (§ 1380 BGB)	191
Kapitel 13. Leistungsverweigerung wegen grober Unbilligkeit (§ 1381 BGB)	199
Kapitel 14. Stundung der Ausgleichsforderung (§ 1382 BGB)	206
Kapitel 15. Übertragung von Vermögensgegenständen (§ 1383 BGB)	212
Kapitel 16. Vorzeitiger Zugewinnausgleich (§§ 1385–1388 BGB)	217
Kapitel 17. Sicherheitsleistung (§ 1389 BGB aF)	227
Kapitel 18. Sicherung der Ausgleichsforderung	228
Kapitel 19. Ersatzanspruch gegen Dritte (§ 1390 BGB)	238
Kapitel 20. Verfahrensprobleme in Güterrechtssachen	242
Kapitel 21. Internationales Privatrecht	274
Kapitel 22. Das Internationale Güterrecht der Europäischen Union	284
Kapitel 23. Verpflichtungs- und Verfügungsbeschränkungen	302
Kapitel 24. Verfahren in sonstigen Familiensachen nach § 266 Abs. 1 Nr. 3 FamFG	313
Kapitel 25. Verhältnis des Zugewinnausgleichs zu anderen Ausgleichsregelungen	318
Kapitel 26. Unbenannte Zuwendungen	323
Kapitel 27. Familienrechtlicher Kooperationsvertrag	335
Kapitel 28. Vermögensrechtliche Auseinandersetzungen Schwiegereltern/Schwiegerkinder	342
Kapitel 29. Ausgleichsansprüche bei Bankkonten	368
Kapitel 30. Aufteilung von Bausparverträgen	379
Kapitel 31. Aufteilung von Wertpapieren	381
Kapitel 32. Rückgewähr einer Schenkung (§ 530 BGB)	385
Kapitel 33. Gesellschaftsrechtliche Ansprüche	389
Kapitel 34. Gesamtschuldnerausgleich	395
Kapitel 35. Teilungsversteigerung	405
Textanhang	437
Stichwortverzeichnis	495



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

	Rn.
Kapitel 1. Grundsätzliches zum Zugewinnausgleich Seite 1	
I. Eheliches Güterrecht	1
1. Güterstände des BGB	1
2. Grundgedanken des Zugewinnausgleichs	2
3. Abgrenzung: Zugewinnausgleich zu Haushaltsgegenständen	3
4. Abgrenzung – Zugewinn/Versorgungsausgleich	4
5. Beendigung der Zugewinnngemeinschaft	5
6. Verbot der doppelten Teilhabe	6
a) Berücksichtigung von Aktiva	6
b) Berücksichtigung von Passiva	7
7. Dispositionsbefugnis	8
a) Möglichkeiten vertraglicher Vereinbarungen	8
b) Grenzen der Vertragsfreiheit	9
8. Gütertrennung oder Modifizierung	9c
a) Vorteil der Gütertrennung	9d
b) Nachteil der Gütertrennung	9e
c) Güterstandsklauseln in Gesellschaftsverträgen	9f
d) Gütertrennung	9g
e) Gütertrennung mit Übertragung von Versorgungsanrechten	9h
f) Gütertrennung bei geplanter Kinderlosigkeit	9i
g) Gütertrennung mit pauschaler Ausgleichsverpflichtung	9j
h) Gütertrennung mit Ausgleichszahlung und Wahlrecht	9k
i) Gütertrennung mit Ausgleich des Zugewinns – Güterstandschaukel –	9l
9. Prozessuale Möglichkeiten der Überprüfung	9m
10. Weitere Regelungen im Einzelnen	9n
II. Reform des Zugewinnausgleichs	10
III. Übergangsrecht des Art. 229 § 20 Abs. 2 EGBGB	11
Kapitel 2. Definition des Zugewinnausgleichs Seite 26	
Kapitel 3. Anfangsvermögen (§ 1374 BGB) Seite 27	
I. Allgemeines	13
II. Bewertungsstichtag	14
III. Aktivvermögen	15
1. Zu berücksichtigende Positionen	15
2. Nicht erfasste Positionen	16
IV. Passivvermögen	17
1. Fälligkeit	17
2. Negatives Anfangsvermögen	18
a) Einleitung des Zugewinnausgleichsverfahrens vor dem 1.9.2009	18
b) Einleitung des Zugewinnausgleichsverfahrens nach dem 1.9.2009	19
c) Negatives Anfangsvermögen und Restschuldbefreiung	19a
V. Hinzurechnungen zum Anfangsvermögen (§ 1374 Abs. 2 BGB)	20
1. Zweck der Vorschrift	20
2. Negativer privilegierter Erwerb	21
	IX

Inhaltsverzeichnis

	Rn.
3. Erweiterung der Erwerbstatbestände	22
4. Tatbestandsvoraussetzungen	23
a) Erwerb von Todes wegen	23
b) Erwerb mit Rücksicht auf ein künftiges Erbrecht	24
c) Erwerb durch Schenkung	25
d) Erwerb durch Ausstattung	26
e) Sonderfall: Investitionen in ein Haus, das während der Ehe übertragen wird	27
f) Ausnahmen von der Hinzurechnung: Einkünfte (§ 1374 Abs. 2 Hs. 2 BGB)	28
5. Ausgleich des sog. unechten Zugewinns	29
a) Indexierung des Aktivvermögens	29
b) Indexierung des negativen Anfangsvermögens	32
6. Verzeichnis des Anfangsvermögens (§ 1377 BGB)	33
7. Darlegungs- und Beweislast	34
a) Positives Anfangsvermögen	34
b) Negatives Anfangsvermögen	35
 Kapitel 4. Endvermögen (§ 1375 BGB)	Seite 46
I. Definition	37
II. Negatives Endvermögen (§ 1375 Abs. 1 Satz 2 BGB)	38
III. Bewertungsstichtag	39
1. Grundsätze	39
2. Beiderseitige bzw. mehrere Scheidungsanträge	41
3. Aussetzung und Ruhen des Verfahrens	42
4. Konkurrierende Anträge	43
5. Stichtag bei fehlender Zustellung des Scheidungsantrages	44
IV. Hinzurechnungen zum Endvermögen (§ 1375 Abs. 2 BGB)	45
1. Allgemeines	45
2. (Keine) Indexierung	46
V. Die illoyalen Vermögensminderungen im Einzelnen	47
1. Unentgeltliche Zuwendungen	47
2. Verschwendung (§ 1375 Abs. 2 Nr. 2 BGB)	52
3. Absichtliche Vermögensbenachteiligung (§ 1375 Abs. 2 Nr. 3 BGB)	53
4. Ausschluss der Hinzurechnung	54
5. Darlegungs- und Beweislast	55
a) Eigenes Endvermögen und Endvermögen des Gegners (ohne Hinzurechnung nach § 1375 Abs. 2 BGB)	55
b) Tatbestandsvoraussetzungen des § 1375 Abs. 2 BGB	56
c) Beweislastregelung des § 1375 Abs. 2 Satz 2 BGB	57
 Kapitel 5. Grundsätzliches zur Bewertung von Vermögensgegenständen	Seite 57
I. Allgemeines	58
II. Begriffe und Bewertungsmethoden	59
1. Anschaffungswert	59
2. Ertragswert	60
3. Geschäftswert = good will	61
4. Liquidationswert	62
5. Mittelwert	63
6. Nutzungswert	64
7. Sach- oder Substanzwert	65
8. Veräußerungswert	66
9. Vergleichswert	67
10. Verkehrswert	68

Inhaltsverzeichnis

	Rn.
11. Wiederbeschaffungswert	69
12. Zeitwert	70
Kapitel 6. Bewertung einzelner Vermögensgegenstände	Seite 66
Abfindungen	72
Abschreibungsgesellschaft	78
Aktenvernichtungsbetrieb	79
Aktien	80
Aktienoptionsrechte	81
Alterskapital	82
Ansparrücklage	83
Antiquitäten	84
Anwaltskosten	85
Anwartschaftsrechte	86
Apotheke	87
Arbeitgeber-Direktversicherung	88
Arbeitseinkommen	89
Arbeitsgeräte	90
Architekturbüro	91
Arztpraxis	92
Auflassung	93
Ausgleichsanspruch nach § 40 FGB	94
Ausgleichsanspruch nach § 89b HGB	94a
Ausgleichsanspruch nach § 1568b Abs. 3 BGB	94b
Ausgleichszahlungen	95
Außenstände	96
Ausstattung/Aussteuer	97
Aussteuerversprechen	98
Bäckerei	99
BAföG-Darlehen	99a
Bankguthaben	100
Bargeld	101
Bau auf fremdem Grund und Boden	102
Bausparverträge	103
Befreiung von einer Verbindlichkeit	104
Bereicherungsanspruch	105
Berlin-Darlehen	106
Berufsunfähigkeitsversicherung	106a
Bibliothek	107
Brauerei	108
Bürgschaft	109
Darlehen	110
Dauerschuldverhältnis	111
Druckerei	112
Edelmetall	113
Ehegatteninnengesellschaft	114
Eigentumsvorbehalt	115
Eigentumswohnungen	116
Einheimischenmodell	116a
Einzelhandel und Unternehmen mit Exklusivvertrag	117
Entgeltumwandlung	117a
Erbanteile	118
Erbbaurecht	119
	XI

Inhaltsverzeichnis

	Rn.
Erberwartungen	120
Erbvertrag	121
Erbverzicht	122
Freiberufliche Praxen	123
Gärtnerei	124
Gegenseitige Ansprüche	125
Geldforderungen	126
Geldstrafe	127
Gesamtschuldnerische Haftung	128
Geschenke	129
Geschlossener Immobilienfonds	129a
Gesellschaftsanteile (KG)	130
GmbH-Anteil	131
GmbH-Anteil unter Berücksichtigung einer gesellschaftsvertraglichen Abfindungsklausel	132
Grundschild	133
Grundstücke	134
Grundstück mit Wiederkaufsrecht	138a
Grundstücksübertragung mit Rückfallklausel	139
Grundstücksübertragung mit Rückfallklausel für den Fall der Scheidung	139a
Güterrechtliche Ansprüche	140
Handelsmakler (Versicherungsmakleragentur)	140a
Handelsvertreter (Versicherungsagentur)	141
Handwerksbetrieb	142
Haushaltsgegenstände	143
Heiraterstattung	144
Hochzeitsgeschenke	145
Höfeordnung	146
Immobilienfonds	147
Ingenieurbüro	148
Investmentfonds	148a
Kaufvertrag	149
Kautionsforderung	150
Kautionsvereinbarung	151
Kreditkarten	152
Kunstgegenstände	153
Land- und forstwirtschaftliche Betriebe	154
Lastenausgleichsansprüche	155
Leasingvertrag	156
Lebensversicherung	157
Leibgedinge = Altenteil	166
Leibrente	167
Lotto- bzw. Lotteriegewinn	168
Maschinenbauunternehmen	169
Massagepraxis	170
Miete	171
Mitarbeiterbeteiligung	172
Miteigentum	173
Mitgliedschaftsrechte	174
Musikinstrumente	175
Namensaktien	176
Nießbrauch	177
Notarpraxis	178

Inhaltsverzeichnis

	Rn.
Nutzungsrechte	179
Orthopädiegeschäft (GmbH)	179a
Patent-Anwaltspraxis	180
Patente und Urheberrechte	181
Pelzmäntel	182
Pensionsbetrieb	183
Persönliche Gegenstände	184
Pflichtteilsansprüche	185
Photovoltaikanlage	185a
Pkw	186
Prozesskostenvorschuss	187
Ratenkauf	188
Rechtsanwaltspraxis	189
Rentenanswartschaften	190
Restitutionsansprüche	191
Riester-Rente	192
Risikolebensversicherung	192a
Rückabwicklung einer ehebedingten Zuwendung	193
Rürup-Rente	193a
Schadensersatzansprüche	194
Schmerzensgeld	195
Schmuck	196
Schuh-Einzelhandelsunternehmen	197
Segelyacht	198
Sicherungseigentum	199
Sparguthaben	200
Sportgeräte	201
Steuerberaterpraxis	202
Steuererstattung	203
Steuerschulden	205
Swaps	205a
Tierarztpraxis	206
Treuhandvermögen	206a
Übergangsbeihilfe	207
Unfallversicherung	207a
Unsichere Rechte	208
Unterhaltsrückstände	209
Unternehmen	210
Unternehmensbeteiligungen	213
Verbindlichkeiten	214
Verbindlichkeiten der Eheleute untereinander	215
Vermögensverwaltungsunternehmen (Holding)	216
Versicherungsagentur	217
Vorerbschaft	218
Vorfälligkeitsentscheidung	218a
Wiederkaufsrecht	219
Wirtschaftsprüfer	220
Witwenrentenabfindung	220a
Wohnrecht	221
Wohnwagen	222
Zahnarztpraxis	223
Zeitwertpapiere	224

Inhaltsverzeichnis

	Rn.
Kapitel 7. Ausgleichsforderung (§ 1378 BGB) Seite 137	
I. Anspruchsgrundlage, Art und Höhe des Anspruchs (§ 1378 Abs. 1 BGB)	225
II. Begrenzung der Ausgleichsforderung (§ 1378 Abs. 2 BGB)	226
1. Frühere Rechtslage	227
2. Rechtslage ab 1.9.2009	227
a) Begrenzung nach § 1378 Abs. 2 Satz 1 BGB	227
b) Wegfall der Begrenzung bei illoyalen Vermögensminderungen (§ 1378 Abs. 2 Satz 2 BGB)	228
c) Auswirkungen der gesetzlichen Neuregelung	229
III. Entstehen der Ausgleichsforderung	230
IV. Fälligkeit	231
V. Zurückbehaltungsrecht	233
1. Geltendmachung im laufenden Zugewinnausgleichsverfahren	233
2. Geltendmachung des Zurückbehaltungsrechts in einem Verfahren einer allgemein vermögensrechtlichen Auseinandersetzung aus Anlass von Trennung und Scheidung	235
VI. Aufrechnung	238
1. Aufrechnung gegen Zugewinnausgleichsansprüche im Verbund	238
2. Aufrechnung mit einem Anspruch auf Zugewinnausgleich	239
a) Prozessuales	239
b) Zulässigkeit der Aufrechnung	240
c) Ausschluss oder Einschränkung der Aufrechnung nach Treu und Glauben (§ 242 BGB)	241
VII. Abtretung und Pfändung	242
Kapitel 8. Vereinbarungen und Verfügungen über die Ausgleichsforderung Seite 147	
I. Beschränkung durch § 1378 Abs. 3 Satz 2 und 3 BGB	243
II. Mögliche vertragliche Regelungen im Einzelnen	244
1. Verfügungsbeschränkungen der §§ 1365, 1369 BGB	244
2. Anfangsvermögen, § 1374 BGB	245
3. Endvermögen § 1375 BGB	246
4. Begrenzung des § 1378 Abs. 2 BGB	247
5. Auskunftsansprüche nach § 1379 BGB	248
6. Anrechnung von Vorauszahlungen, § 1380 BGB	249
7. Leistungsverweigerung wegen grober Unbilligkeit, § 1381 BGB	250
8. Stundung, § 1382 BGB	251
9. Berechnungszeitpunkt des Zugewinns und Höhe der Ausgleichsforderung bei Scheidung, § 1384 BGB	252
10. Vorzeitiger Zugewinn, §§ 1385, 1386 BGB	253
11. Eintritt der Gütertrennung, § 1388 BGB	254
12. Haftung Dritter, § 1390 BGB	255
III. Verknüpfung von Vereinbarungen im Versorgungsausgleich mit güterrechtlichen Ausgleichspositionen	256
Kapitel 9. Steuerliche Behandlung der Ausgleichsforderung Seite 158	
I. Schenkungsteuer	257
II. Einkommensteuer	258
III. Grunderwerbsteuer	259
IV. Latente Ertragssteuern	260
V. Spekulationssteuer (tatsächliche und latente)	261
1. Allgemeines	261
2. Allgemeine Voraussetzungen für eine Steuerpflicht privater Veräußerungs- gewinne nach § 23 EStG	262

Inhaltsverzeichnis

	Rn.
3. Gewerblicher Grundstückshandel	262a
4. Lösungsmöglichkeiten	263
VI. Latente Ertragssteuern bei Lebensversicherungen	263a
VII. Latente Ertragssteuern bei Wertpapieren	263b
VIII. Latente Steuerlast bei vermögenswirksamen Leistungen	263c
Kapitel 10. Verjährung der Ausgleichsforderung	Seite 169
I. Rechtslage seit 1.10.2010	264
II. Hemmung und Neubeginn der Verjährung	266
III. Verstoß gegen Treu und Glauben	269
Kapitel 11. Auskunft (§ 1379 BGB)	Seite 174
I. Allgemeines	270
1. Frühere Rechtslage	270
2. Rechtslage ab 1.9.2009	271
II. Inhalt und Umfang der Auskunftsverpflichtung	272
1. Auskunft über das Vermögen zum Zeitpunkt der Trennung (§ 1379 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, Abs. 2 BGB)	272
2. Auskunft über das Anfangsvermögen (§ 1379 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BGB)	273
3. Auskunft über das Endvermögen (§ 1379 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BGB)	274
a) Aktiva und Passiva	274
b) Illoyale Vermögensminderungen (§ 1375 Abs. 2 BGB)	275
III. Vorlage von Belegen	280
1. Allgemeines	280
2. Einzelfälle	281
IV. Inhalt und Form der Auskunft	282
1. Vermögensverzeichnis	282
2. Angabe Wert bildender Faktoren	284
3. Form der Auskunft	285
V. Anspruch auf Wertermittlung	286
VI. Mitwirkung bei der Auskunftserteilung	288
VII. Ergänzung einer erteilten Auskunft sowie eidesstattliche Versicherung	289
VIII. Ausschluss des Auskunftsanspruchs	291
IX. Gegenrechte zur Auskunft	292
X. Vollstreckung der Auskunft	293
XI. Verfahrensrechtliche Fragen	294
1. Stufenklageantrag	294
2. Auskunft zum Trennungszeitpunkt	295
3. Verjährung des Auskunftsanspruchs	295a
4. Rechtsmittel	295b
XII. Musteranträge	296
1. Stufenklageantrag nach § 113 Abs. 1 Satz 2 FamFG, § 254 ZPO, 1379 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, Satz 2 BGB	296
2. Muster eines Antrags auf Auskunft nach § 1379 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 BGB	297
3. Muster zur Auskunft zur illoyalen Vermögensminderung (§ 1379 Abs. 1 Nr. 2 iVm § 1375 Abs. 2 BGB)	298
4. Aufforderung zur Auskunftserteilung	299
Kapitel 12. Anrechnung von Vorausempfängen (§ 1380 BGB)	Seite 191
I. Allgemeines	300
II. Betroffene Zuwendungen	301
III. Ausnahmen von der Anrechnung	303
IV. Beweislast	304
V. Zeitpunkt der Zuwendung	305

Inhaltsverzeichnis

	Rn.
VI. Form der Anrechnungsbestimmung	306
VII. (Keine) Indexierung der Zuwendung	307
VIII. Durchführung der Anrechnung	308
IX. Weitergeltung nach neuem Recht	309
X. Überhöhte Vorausleistungen	310
Kapitel 13. Leistungsverweigerung wegen grober Unbilligkeit (§ 1381 BGB) Seite 199	
I. Normzweck	311
II. Peremptorische Einrede	312
III. Geltungsbereich des § 1381 BGB und Verhältnis zu § 242 BGB	313
IV. Grobe Unbilligkeit	314
V. Einzelfälle der groben Unbilligkeit	315
1. Wirtschaftliches Fehlverhalten	315
2. Verletzung von Unterhaltspflichten	316
3. Fehlverhalten im persönlichen Bereich	317
4. Kurze Ehe	318
5. Strafbare Handlungen	319
6. Lange Trennungszeit	320
7. Existenzgefährdung des Ausgleichspflichtigen	321
8. Schmerzensgeld und Abfindung	322
9. Vermögenseinbußen nach dem Stichtag	322a
Kapitel 14. Stundung der Ausgleichsforderung (§ 1382 BGB) Seite 206	
I. Allgemeines	323
II. Voraussetzungen	324
1. Zahlung zur Unzeit	324
2. Interesse gemeinschaftlicher Kinder	325
3. Belange des Gläubigers	326
III. Verzinsung	327
IV. Sicherheitsleistung (§ 1382 Abs. 3, 4 BGB)	328
V. Aufhebung oder Änderung rechtskräftiger Stundungsentscheidungen (§ 1382 Abs. 6 BGB)	329
VI. Steuerliche Gesichtspunkte	329a
VII. Verfahrensrecht	330
VIII. Musterantrag bei unstreitiger Ausgleichsforderung	331
IX. Musterantrag bei streitiger Ausgleichsforderung	332
Kapitel 15. Übertragung von Vermögensgegenständen (§ 1383 BGB) Seite 212	
I. Normzweck	333
II. Kriterien der Interessenabwägung	334
1. Grobe Unbilligkeit	334
2. Zumutbarkeit für den Schuldner	335
III. Übertragbare Gegenstände	336
IV. Leistungsstörungen	337
V. Verfahren	338
1. Antrag	338
2. Inhalt und Wirkung der Entscheidung	339
3. Festsetzung des anzurechnenden Wertes	340
VI. Einstweilige Anordnungen	341
VII. Steuerrechtliche Problematik	342
VIII. Musterantrag	343
Kapitel 16. Vorzeitiger Zugewinnausgleich (§§ 1385–1388 BGB) Seite 217	
I. Rechtslage bis 31.8.2009	344

Inhaltsverzeichnis

	Rn.
1. Erweiterung des Rechtsschutzes auch auf den Ausgleichspflichtigen	345
2. Wahlrecht bezüglich der Klageart	346
II. Tatbestandsvoraussetzungen des § 1385 BGB	347
1. Dreijähriges Getrenntleben (§ 1385 Nr. 1 BGB)	347
2. Gefährdung der Ausgleichsforderung (§ 1385 Nr. 2 BGB)	348
3. Schuldhafte Nichterfüllung der wirtschaftlichen Verpflichtungen (§ 1385 Nr. 3 BGB)	349
a) Normzweck	349
b) Tathandlungen und Prognosen	350
4. Beharrliche Weigerung, den anderen Ehegatten über den Bestand des Vermögens zu unterrichten (§ 1385 Nr. 4 BGB)	351
a) Rechtsgrundlagen und Reichweite des Informations-/Unterrichtungs- anspruchs	351
b) Inhalt des Unterrichtsanspruchs	353
c) Beharrliche Weigerung	354
III. Prozessuales	355
1. Zuständigkeit	355
2. Wierantrag	356
3. Stufenantrag	357
4. Nebeneinander von Scheidungsverfahren und vorzeitigem Zugewinnausgleich ..	358
5. Streitwert	359
6. Kosten	360
7. Stichtag	360a
IV. Muster: Stufenantrag	361
V. Strategische Hinweise	361a
 Kapitel 17. Sicherheitsleistung (§ 1389 BGB aF)	Seite 227
 Kapitel 18. Sicherung der Ausgleichsforderung	Seite 228
I. Haftungsrisiken	363
II. Herbeiführung eines Stichtages	364
1. Abwägungskriterien	364
2. Möglichkeiten der Herbeiführung eines Stichtages	365
a) Scheidungsantrag gem. § 1565 Abs. 1 BGB vor Ablauf des Trennungs- jahres	365
b) Vorzeitiger Scheidungsantrag gem. § 1565 Abs. 2 BGB	366
c) Vorzeitiger Zugewinnausgleich gem. §§ 1386, 1385 Nr. 4 BGB	367
d) Scheidungsantrag beim Verwaltungsgericht/Sozialgericht	367
III. Sicherung durch Arrest	368
1. Grundsätzliches	368
2. Voraussetzungen eines Arrestes	368
a) Arrestanspruch (§ 916 ZPO)	369
b) Arrestgrund (§ 917 ZPO)	370
c) Glaubhaftmachung	371
IV. Verfahren	372
1. Zuständigkeit	372
2. Arrestantrag (§ 920 ZPO)	373
3. Musterantrag für dinglichen Arrest	374
4. Anwaltszwang	375
5. Entscheidung	376
6. Rechtsmittel	377
V. Vollziehung	378
1. Allgemeines	378

Inhaltsverzeichnis

	Rn.
2. Strategische Überlegungen	379
3. Vollziehung	380
VI. Schadensersatz	381
Kapitel 19. Ersatzanspruch gegen Dritte (§ 1390 BGB)	Seite 238
I. Allgemeines	382
1. Rechtslage ab 1.9.2009	383
2. Auskunftsanspruch	384
3. Abschließende Regelung	385
II. Anspruchsvoraussetzungen	386
1. Unentgeltliche Zuwendungen in Benachteiligungsabsicht (§ 1390 Abs. 1 BGB)	386
2. Andere Rechtshandlungen (§ 1390 Abs. 2 BGB)	387
III. Inhalt des Anspruchs	388
1. Rechtsfolgenverweisung	388
2. Wertersatz = Zahlung	389
3. Gesamtschuldnerische Haftung	390
IV. Darlegungs- und Beweislast	391
V. Verjährung	392
VI. Sicherung des Anspruchs	393
VII. Verfahrensrecht	394
Kapitel 20. Verfahrensprobleme in Güterrechtssachen	Seite 242
I. Verfahren nach §§ 261 ff. FamFG	395
1. Verfahren im Allgemeinen	395
a) Allgemeines	395
b) Anwendungsbereich des § 261 Abs. 1 FamFG	396
c) Anwendungsbereich des § 261 Abs. 2 BGB	398
d) Örtliche Zuständigkeit (§ 262 FamFG)	399
e) Abgabe an das Gericht der Ehesache (§ 263 FamFG)	400
f) Verfahren nach den §§ 1382, 1383, 1519 BGB (§ 264 FamFG)	401
g) Einheitliche Entscheidung (§ 265 FamFG)	402
II. Teilantrag	403
1. Ausdrückliche Geltendmachung eines Teilbetrages (offener Teilantrag)	403
2. Verdeckter Teilantrag	404
III. Stufenverfahren in der Praxis	405
1. Allgemeines	405
2. Verfahrensrechtliche Besonderheiten	406
a) Entscheidungsumfang	406
b) Erledigung des Auskunftsanspruches	407
c) Säumnis	408
d) Verfahrensfortgang	409
e) Beschwerdeverfahren	410
f) Kostenentscheidung	411
g) Streitwert	412
h) Musterantrag: Zugewinnausgleich	413
IV. Sofortige Wirksamkeit und Vollstreckung	414
1. Grundsätze	414
2. Wirksamkeit einer Endentscheidung in Familienstreitsachen,	
§ 116 Abs. 3 Satz 1 FamFG	415
a) Rechtskraft	415
b) Anordnung der sofortigen Wirksamkeit, § 116 Abs. 3 Satz 2 und 3 FamFG	416
c) Musterantrag im Verbund	417
d) Musterantrag in isolierten Zugewinnausgleichsverfahren	418

Inhaltsverzeichnis

	Rn.
3. Sofortige Vollstreckbarkeit nach § 120 Abs. 2 FamFG	419
a) Voraussetzungen des § 120 Abs. 2 Satz 1 FamFG	419
b) Vollstreckungsschutz nach § 120 Abs. 2 Satz 2 FamFG	420
c) Musterantrag des Ausgleichsschuldners	421
4. Abwendungsbefugnis nach § 120 Abs. 2 Satz 3 FamFG	422
5. Materielle Voraussetzungen für die Einstellung der Zwangsvollstreckung nach § 120 Abs. 2 Satz 2 und 3	423
V. Widerantrag	424
VI. Teilbeschluss	426
VII. Verbund (§ 137 FamFG) und Abtrennung nach § 140 Abs. 2 FamFG	427
1. Einbeziehung in den Verbund	427
2. Abtrennung aus dem Verbund (§ 140 FamFG)	430
a) Abtrennung nach § 140 Abs. 1 FamFG	430
b) Abtrennung nach § 140 Abs. 2 Nr. 1 FamFG	431
c) Abtrennung nach § 140 Abs. 2 Nr. 5 FamFG	432
d) Abtrennungsbeschluss	433
3. Strategische Überlegungen für oder gegen den Verbund	434
VIII. Zurückweisung von Angriffs- und Verteidigungsmitteln (§ 115 FamFG)	435
1. Allgemeines	435
2. Voraussetzungen der Zurückweisung	436
a) Angriffs- und Verteidigungsmittel	436
b) Verspätetes Vorbringen	437
c) Verzögerung	438
d) Grobe Nachlässigkeit	439
e) Verfahrensfragen	440
IX. Selbständiges Beweisverfahren	441
1. Möglichkeiten der Bewertung	441
2. Voraussetzungen	442
3. Zuständigkeit	443
4. Inhalt des Antrages und weiteres Verfahren	444
5. Kosten	445
6. Gegenstandswert	446
X. Schiedsgutachtenvertrag	447
XI. Geständnis und Anerkenntnis	448
XII. Gerichtliches Sachverständigengutachten	449
XIII. Umfang der Rechtskraft und erneuter Ausgleichsantrag	450
XIV. Verfahrenskostenhilfe und Kostenvorschuss	451
1. Hinreichende Erfolgsaussicht	451
2. Fehlender Mutwille	452
3. Wirtschaftliche Voraussetzungen	453
4. Sonderfall: Stufenverfahren	454
5. VKH für ein VKH-Bewilligungsverfahren	455
 Kapitel 21. Internationales Privatrecht	Seite 274
I. Allgemeines	456
II. Internationales Privatrecht des Güterrechts	457
1. Internationale Zuständigkeit deutscher Gerichte	457
2. Materielles Recht	457a
3. Rechtswahl	459
4. Rück- und Weiterverweisungen	460
5. Vertriebene und Flüchtlinge	461
6. Staatsverträge	462
7. Übergangsvorschriften und Althehen	463

Inhaltsverzeichnis

	Rn.
III. Deutsch-französischer Wahlgüterstand	464
IV. Güterrechtsverordnung für europäische Ehegatten	464a
V. Internationales Privatrecht bei zusätzlichen vermögensrechtlichen Verflechtungen innerhalb der Familie	465
Kapitel 22. Das internationale Güterrecht der Europäischen Union	Seite 284
I. Einleitung	466
II. Anwendungsbeginn	467
III. Sachlicher Anwendungsbereich	468
1. Positive Umschreibung der Reichweite	468
2. Negativliste	468b
3. Vorfragen	468c
IV. Internationale Zuständigkeit in Güterrechtssachen	469
1. Zuständigkeit im Falle des Todes eines Ehegatten, Art. 4 EuGüVO	469a
2. Zuständigkeit bei Ehescheidung, Trennung ohne Auflösung des Ehebandes oder Ungültigerklärung einer Ehe (Art. 5 EuGüVO)	469b
3. Allgemeiner Auffangtatbestand (Art. 6 EuGüVO)	469c
4. Zuständigkeit auf Grund einer Gerichtsstandvereinbarung (Art. 7 EuGüVO)	469d
5. Zuständigkeit kraft rügeloser Einlassung (Art. 8 EuGüVO)	469e
6. Alternative Zuständigkeiten (Art. 9 EuGüVO)	469f
7. Subsidiäre Zuständigkeit kraft Vermögensbelegenheit (Art. 10 EuGüVO)	469g
8. Notzuständigkeit (Art. 11 EuGüVO)	469h
9. Weitere sonstige Zuständigkeitsregelungen	469i
10. Weitere Zulässigkeitsregelungen	469j
V. Örtliche Zuständigkeit	470
VI. Bestimmung des Güterstatus: Anzuwendendes Recht	471
1. Rechtswahl der Ehegatten (Art. 22 EuGüVO)	471a
2. Form der Rechtswahlvereinbarung (Art. 23 EuGüVO)	471b
3. Inhalt und materielle Wirksamkeit der Rechtswahl (Art. 24 EuGüVO)	471c
4. Objektive Anknüpfung des Güterstatuts (Art. 26 EuGüVO)	471d
5. Schutz Dritter (Art. 28 EuGüVO)	471e
VII. Sonstiges Kollisionsrecht	471f
VIII. Formgültigkeit güterrechtlicher Vereinbarungen	472
IX. Anerkennung von den Güterstand betreffenden gerichtlichen Entscheidungen	472a
X. Vollstreckung	472b
Kapitel 23. Verpflichtungs- und Verfügungsbeschränkungen	Seite 302
I. Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäfte eines Ehegatten über sein Gesamtvermögen (§ 1365 BGB)	473
1. Allgemeines	473
2. Absolutes Veräußerungsverbot	474
3. Zeitraum der Zustimmungsbefähigung	475
4. Auswirkungen auf die notarielle Praxis und die Tätigkeit des Grundbuchamtes	476
5. Auswirkungen der verweigerten Zustimmung	477
6. Verfügung über das Vermögen im Ganzen	478
7. Subjektiver Tatbestand	482
8. Sonderfall Teilungsversteigerung	483
9. Einwilligung	484
10. Ersetzung der Zustimmung	485
a) Geschäfte, die den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen Verwaltung entsprechen	486
b) Ausreichende Gründe für die Verweigerung	487
11. Darlegungs- und Beweislast	487a

Inhaltsverzeichnis

	Rn.
12. Verfahrensrecht	488
13. Muster eines Antrags auf Ersetzung der Zustimmung nach § 1365 Abs. 2 BGB	489
II. Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäfte eines Ehegatten über ihm gehörende Gegenstände des ehelichen Haushalts (§ 1369 BGB)	490
1. Allgemeines	490
2. Erfasste Gegenstände	491
3. Zustimmungsbedürftigkeit	492
4. Ersetzung der Zustimmung	493
5. Rechtsfolgen	494
 Kapitel 24. Verfahren in sonstigen Familiensachen nach	
§ 266 Abs. 1 Nr. 3 FamFG	Seite 313
I. Allgemeines	495
II. Verfahren nach § 266 Abs. 1 Nr. 3 FamFG	496
III. Örtliche Zuständigkeit	499
IV. Abgabe an das Gericht der Ehesache	500
 Kapitel 25. Verhältnis des Zugewinnausgleichs zu anderen	
Ausgleichsregelungen	Seite 318
I. Strukturen der Vermögensauseinandersetzung	501
II. Ausschließlichkeitsprinzip	502
III. Durchbrechung des Ausschließlichkeitsprinzips	503
IV. Ausschließlichkeitsprinzip und Billigkeitsregeln	504
V. Nebengüterrecht und Zugewinn: Durchführung beider Verfahren wirtschaftlich sinnvoll?	505
VI. Im Zugewinn „vergessene“ oder nicht geltend gemachte Ausgleichsansprüche	506
 Kapitel 26. Unbenannte Zuwendungen	Seite 323
1. Erfasste Sachverhalte	507
2. Rechtsgrundlage	508
a) Allgemeines	508
b) Begriff der Zuwendung	509
c) Ehe bezogene Zuwendung	510
d) Rechtliche Einordnung der Zuwendung und Abgrenzung	511
3. Rückabwicklung einer Ehe bezogenen Zuwendung	516
a) Anspruchsgrundlage	516
b) Vorrang des Güterrechts	517
c) Gütertrennung	517a
d) Gütergemeinschaft	517b
4. Höhe des Rückforderungsanspruches	518
5. Inhalt des Umfang des Anspruchs auf Rückgewähr	519
6. Zeitpunkt des Entstehens des Rückgewährsanspruches und der Geltendmachung	520
7. Darlegungs- und Beweislast	521
8. Rückabwicklung bei Tod eines Ehegatten	522
9. Verjährung	523
 Kapitel 27. Familienrechtlicher Kooperationsvertrag	Seite 335
I. Allgemeines	524
II. Entscheidungen des BGH	525
III. Voraussetzungen eines Kooperationsvertrages	526
1. Umfang der Mitarbeit	526
2. Fehlen eines anderen Vertragstypus	527

Inhaltsverzeichnis

	Rn.
3. Dauer der Mitarbeit	528
4. Vermögenszuwachs	529
IV. Art und Umfang des Ausgleichsanspruchs	530
V. Stichtag für die Berechnung	531
VI. Verjährung	532
VII. Anwendung der Grundsätze auch auf Verlöbnisse	533
1. Bereicherungsanspruch wegen Zweckverfehlung (§ 812 Abs. 1 Satz 2 BGB)	533
2. Anspruch aus stillschweigend geschlossenem Kooperationsvertrag	534
3. Ausgleich für Zuwendungen von Verlobten und späterer Gütertrennung in der Ehe	535
Kapitel 28. Vermögensrechtliche Auseinandersetzungen Schwiegereltern/ Schwiegerkinder	
	Seite 342
I. Erfasste Sachverhalte	536
II. Zuwendungen an das eigene Kind	537
1. Rückforderung einer Schenkung	537
2. Sonderfall: Kettenschenkung	538
3. Auswirkungen der Rückforderung auf den Zugewinnausgleich	539
III. Zuwendungen der Schwiegereltern an das Schwiegerkind	540
1. Zuwendungsempfänger	540
2. Frühere Rechtsprechung des BGH	541
a) Rückforderung nach § 313 BGB nur ausnahmsweise	541
b) Kein Bereicherungsanspruch	542
3. Neue Rechtsprechung des BGH	543
a) Rückforderung nach § 313 BGB	543
b) Höhe des Rückforderungsanspruchs	544
c) Rückforderung auch nach Bereicherungsrecht	545
d) Rückforderung von Arbeitsleistungen	546
e) Art der Rückforderung	546a
f) Kritik	547
4. Auswirkungen auf den Zugewinnausgleich	548
a) Grundsätze	548
b) Fallvariationen	549
5. Verjährung	553
6. Abtretung der Ansprüche der Schwiegereltern an das eigene Kind	554
7. Erwerb des Rückforderungsanspruches durch Erbfall	555
IV. Ansprüche des Schwiegerkindes gegen die Schwiegereltern	556
1. Vertragliche Einordnung	556
a) Mietvertrag	556
b) Leihvertrag	557
2. Mögliche Anspruchsgrundlagen	558
a) Vertragliche Ansprüche	558
b) Wegfall der Geschäftsgrundlage	559
c) Ansprüche aus § 812 Abs. 1 Satz 2 Alt. 1 BGB	559a
V. Hinweise für die notarielle Praxis	560
1. Steuerfalle bei sog. Kettenschenkungen	560
2. Haftung des Notars bei fehlender Aufklärung über die Schenkungsteuer bei Übertragung von Grundeigentum	561
3. Vereinbarung eines Darlehns	562
4. Erwerb eines Miteigentumsanteils	563
5. Scheidungsklausel	564
6. Anordnung erbrechtlicher Regelungen	564a
7. Vorsicht bei Scheidungsvereinbarungen	564b

Inhaltsverzeichnis

	Rn.
Kapitel 29. Ausgleichsansprüche bei Bankkonten Seite 368	
I. Einzelkonto	565
1. Berechtigung am Konto	565
2. Bruchteilsgemeinschaft	566
a) Voraussetzungen der Bruchteilsgemeinschaft	566
b) Aufteilung der Bruchteilsgemeinschaft	567
c) Darlegungs- und Beweislast bei der Bruchteilsgemeinschaft	568
3. Ausgleichsansprüche und Schadensersatzforderungen wegen unberechtigter Abhebungen	569
a) Abhebungen während des Zusammenlebens	570
b) Abhebungen nach der Trennung	571
c) Rechtsfolgen der Vollmachtüberschreitung	572
d) Beweislast	573
II. Gemeinschaftskonto	574
1. Form	574
2. Außenverhältnis	575
3. Innenverhältnis	576
4. Ausgleichsansprüche nach § 430 BGB	577
5. Ausgleichsansprüche bei Abhebungen nach der Trennung	578
6. Beweislast	579
III. Sparkonten und Festgeldkonten	579a
Kapitel 30. Aufteilung von Bausparverträgen Seite 379	
I. Einzelkonto	580
II. Abschluss des Bausparvertrages auf den Namen des anderen Ehegatten oder eines (Enkel-)Kindes	581
III. Gemeinschaftskonto	582
IV. Ausgleichsansprüche	583
Kapitel 31. Aufteilung von Wertpapieren Seite 381	
I. Allgemeine Grundsätze	584
II. Eigentum an Depot verwahrten Wertpapieren	585
1. Depotverwahrung	585
2. Sonderverwahrung nach § 2 DepotG	586
3. Sammelverwahrung nach §§ 5–8 DepotG	587
III. Rechtsform des Wertpapierdepots	588
1. Einzeldepot	588
2. Gemeinschaftsdepot	589
IV. Ausgleichsansprüche und Beweislast	590
Kapitel 32. Rückgewähr einer Schenkung (§ 530 BGB) Seite 385	
I. Schenkungen iSd § 516 BGB	591
1. Allgemeines	591
2. Ausschließlichkeit	592
3. Grober Undank	593
II. Darlegungs- und Beweislast	594
III. Ausübung des Widerrufs	595
IV. Rechtsfolgen	596
V. Auswirkungen des Schenkungswiderrufs auf den Zugewinn	597
1. Keine Auswirkungen	597
2. Entstehen des Ausgleichsanspruchs vor dem Stichtag	598

Inhaltsverzeichnis

	Rn.
Kapitel 33. Gesellschaftsrechtliche Ansprüche Seite 389	
I. Allgemeines	599
II. Verhältnis zum Zugewinnausgleich	600
III. Ausdrückliche vertragliche Vereinbarung	601
1. BGB-Gesellschaft	601
2. Arbeitsvertrag	602
IV. Abgrenzung zwischen unbenannten Zuwendungen und Ehegatteninnengesellschaft	603
V. Stillschweigend abgeschlossene Ehegatteninnengesellschaft	604
VI. Stichtag für die Entstehung der Ausgleichsforderung	605
VII. Art und Höhe des Ausgleichsanspruchs	606
VIII. Darlegungs- und Beweislast	607
IX. Verjährung	608
X. Auslandsberührung	608a
XI. Musterantrag	609
Kapitel 34. Gesamtschuldnerausgleich Seite 395	
I. Allgemeine Problematik	610
II. Anderweitige Bestimmung (§ 426 Abs. 1 S. 1 BGB)	614
1. Verbindlichkeiten im ausschließlichen Interesse des anderen Ehegatten	615
2. Verbleiben im gemeinsamen Haus	616
3. Ausgleich für Mietschulden	617
III. Mithaftung für alleinige Schulden des anderen Ehegatten	618
IV. Anderweitige Bestimmung des Schuldenabzugs im Zugewinnausgleich	619
V. Gesamtschuldnerausgleich bei Unterhaltspflicht	620
1. Kindesunterhalt	621
2. Ehegattenunterhalt	622
VI. Darlegungs- und Beweislast	622a
VII. Verjährung	623
Kapitel 35. Teilungsversteigerung Seite 405	
I. Vorrangige Teilung in Natur bei einer Bruchteilsgemeinschaft	624
II. Das Verfahren der Teilungsversteigerung	625
1. Versteigerungsantrag	625
2. Muster: Antrag auf Teilungsversteigerung	626
3. Sonderfall des § 1365 BGB	627
a) Allgemeines	627
b) Tatbestandsvoraussetzungen des § 1365 Abs. 1 BGB	628
c) Ersetzung der Zustimmung	629
4. Beteiligte (§ 9 ZVG)	630
5. Beitritt (§ 27 ZVG)	631
6. Beschlagnahme	632
7. Festsetzung des Grundstückswertes (§ 74a Abs. 5 ZVG)	633
8. Terminbestimmung	634
III. Geringstes Gebot (§ 182 ZVG)	635
IV. Versteigerungstermin	636
1. Bekanntmachung	636
2. Bietzeit	637
3. Gebote	638
4. Erlöschen der Gebote (§ 72 ZVG)	639
5. Sicherheitsleistung	640
6. Rückgabe der Sicherheit	641
7. Verfahrenseinstellung	642

Inhaltsverzeichnis

	Rn.
8. Zuschlag	643
a) Versagung des Zuschlages	643
b) Erteilung des Zuschlages	648
c) Form und Inhalt der Zuschlagsentscheidung	649
d) Muster eines Zuschlagsbeschlusses	650
e) Rechtsmittel gegen den Zuschlagsbeschluss	651
9. Wirkung des Zuschlags	654
a) Eigentumserwerb (§ 90 Abs. 1 ZVG)	654
b) Keine endgültige Aufhebung der Gemeinschaft	655
c) Vollstreckungstitel (§ 93 ZVG)	656
10. Erlösverteilung	657
a) Aufstellung des Teilungsplanes	657
b) Muster eines Teilungsplans	658
c) Rechtsbehelfe gegen den Teilungsplan	659
d) Verteilung des Übererlöses	662
11. Konsequenz der Nichtzahlung des Barbetrages	665
12. Grundpfandrechte in der Teilungsversteigerung	666
a) Verdeckte Eigentümergrundschuld – Rückgewähr einer nicht valuierten Grundschuld	666
b) Gesamthypothek auf den Miteigentumsanteilen bei Alleinhaftung nur eines Eigentümers im Innenverhältnis	667
V. Verhinderung und Einstellung der Teilungsversteigerung	668
1. Drittwiderspruchsklage (§ 771 ZPO)	668
a) Verstoß gegen § 1365 BGB	668
b) Einstweilige Einstellung der Teilungsversteigerung	669
2. Weiterer Anwendungsbereich der Drittwiderspruchsklage	670
a) Vertraglicher Ausschluss der Auseinandersetzung	670
b) Gerichtliches Verbot	671
c) Rechtsmissbrauch nach § 242 BGB	672
d) Berufung auf § 1353 BGB	673
VI. Vollstreckungsschutz – einstweilige Einstellung	674
1. Überblick	674
2. Einstellung nach § 180 Abs. 2 Satz 1 ZVG	675
3. Einstellung nach § 180 Abs. 3 ZVG	676
4. Einstellung nach § 765a ZPO	677
5. Einstellung nach §§ 180 Abs. 1, 30 ZVG durch den betreibenden Antragsteller ...	679
	Seite
Anhang 1: Verordnung über die Grundsätze für die Ermittlung der Verkehrswerte von Grundstücken vom 14.7.2021 (BGBl. I S. 2805)	437
Anhang 2: Hinweise zur Bewertung von Arztpraxen	461
Anhang 3: Mustertexte zur Rechtswahl zur EuGüVo (neu)	466
Anhang 4: Checkliste zur Überprüfung von Verkehrswertgutachten über Grundstücke	468
Anhang 5: Unternehmen, Unternehmensbeteiligungen und freiberufliche Praxen richtig bewerten	469
Stichwortverzeichnis	495



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG